

Haushaltsrede
Zur Einbringung des
Haushalts- und Investitionsplanes 2011 - 2014
am 14. Dezember 2010

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr möchte ich die Darstellung der Ausgangssituation an den Anfang meiner Rede zur Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2011 – 2014 stellen.

Lassen Sie mich dabei aber anders als in den Vorjahren mit dem Positiven beginnen. Von einem „XL-Wachstum“ war in der Presse die Rede, als es um die Veröffentlichung des Herbstgutachtens der wichtigsten Wirtschaftsinstitute ging. Neue Jobs und ein rascher Schuldenabbau werden uns in Aussicht gestellt. „Es kommen gute Jahre auf uns zu“, wird der Ökonom Kai Carstensen zitiert.

Ähnlich sieht es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2010/2011. Er sieht gute Chancen für einen stabilen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland und für ein Anknüpfen an die positive Entwicklung vor der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.

Die November-Steuerschätzung mit Mehrerträgen in Milliardenhöhe für 2010 und bis 2012 unterstützt diese Prognosen.

Deutschland und die deutschen Unternehmen haben die Krise für viele unerwartet gut überstanden. Die Bundeskanzlerin spricht davon, dass wir in Deutschland die weltweite Wirtschaftskrise am besten gemeistert haben. Schlagzeilen wie „Dax-Konzerne im Höhenflug“, „Bayer erholt sich schnell“, „Daimler legt Messlatte noch höher“ oder „BASF verfünffacht Gewinn“ scheinen dies zu belegen.

Auch die Firmen hier in Rheine partizipieren am Aufschwung. Die Entwicklung der Gewerbesteuererträge in diesem Jahr und die aktuell erneut sehr niedrige Arbeitslosenquote von 4,6 % im November im Bezirk der Arbeitsagentur Rheine sind Belege dafür. Mein besonderer Dank gilt deshalb den heimischen Unternehmen, dass sie in der Krise an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festgehalten haben. Sie haben – soweit es ging – auf Kündigungen verzichtet und stattdessen die Möglichkeiten der Kurzarbeit und andere Instrumente der Arbeitsmarktpolitik genutzt, sogar die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist im Ansteigen begriffen. Lassen Sie uns auch weiterhin zusammen dafür Sorge tragen, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ für die meisten Familien in Rheine nicht im Mittelpunkt stehen muss. Meine Unterstützung dabei sage ich Ihnen heute nochmals ausdrücklich zu.

Angesichts dieser wirklich positiven Nachrichten könnte man zu dem Schluss kommen: jetzt ist wieder alles klar, wir haben wenige Probleme, also wir machen weiter wie gehabt.

Dass das aber nicht geht, machen andere Gegebenheiten deutlich.

- So bezeichnet zwar auch der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, die November-Steuerschätzung als einen Hoffnungsschimmer für die stark verschuldeten Kommunen in NRW. Das bedeute allerdings noch lange nicht, dass die Kommunalfinanzen in ein, zwei Jahren saniert wären. „Wir sind noch lange nicht über den Berg, der Aufstieg hat noch nicht einmal begonnen“, so Schneider.
- 20 Mrd. Euro an Kassenkrediten sind mittlerweile bei den Städten und Gemeinden in NRW aufgelaufen. Auch wir in Rheine müssen inzwischen für 2011 186 T€ allein an Zinsen für Liquiditätskredite einplanen. Bis 2014 steigt dieser Betrag auf 1,16 Mio. € an.
- Die Zahl der Kommunen im Münsterland und auch im Kreis Steinfurt, die weder einen strukturell noch fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, steigt weiter rasant an. So hat der Regierungspräsident Dr. Peter Paziorek vor kurzem in einer Presseveröffentlichung darauf hingewiesen, dass nach seinen Erkenntnissen nur noch Heiden und Wettringen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben.
- In ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Kreishaushalt 2011 stellen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fest, dass in 2011 voraussichtlich 65 % der Kommunen im Kreis Steinfurt keinen Haushaltsausgleich – weder echt noch fiktiv – mehr herbeiführen können.
- Hinzu kommt, dass das Münsterland im Wettbewerb der Regionen an Attraktivität und Zukunftsfähigkeit verliert. Das ergibt jedenfalls der „Zukunftsatlas 2010“, den das angesehene Forschungsinstitut Prognos vorgestellt hat. Danach fallen sowohl die Stadt Münster als auch die vier Münsterland-Kreise im Vergleich der wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Perspektiven aller 412 Städte und Kreise in Deutschland weiter zurück. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem Süden und dem Norden wird immer tiefer.
- Auch ist noch nicht klar, was die angedachten Strukturveränderungen bei der Bundeswehr für Rheine bedeuten.
- Schließlich macht die bevorstehende „Überalterung“ = wenige jüngere, vermehrt Ältere der Bevölkerung deutlich, dass es noch umfangreiche Handlungsbedarfe für unsere Kommunen gibt.
- **Deshalb gilt:**
Wir dürfen uns auf unsere intensiven und teilweise schmerzlichen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung in den vergangenen Jahren nicht ausruhen. Im Gegenteil, wir müssen sie noch weiter verstärken. Dass wir dabei neben der Aufwandsseite auch die Ertragsseite mehr in den Blickpunkt nehmen müssen, stellt nicht zuletzt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Entwurf ihres Abschlussberichtes über die Prüfung bei der Stadt Rheine deutlich heraus. Hierzu haben wir für den 19. Januar 2011 mit der GPA einen eigenen Termin für den Rat festgelegt.

- Wie der Kämmerer bin ich der festen Überzeugung, dass eine **Anpassung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer** alternativlos ist. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, dies auch den Bürgerinnen und Bürgern in Rheine ehrlich und nachvollziehbar deutlich zu machen. Dazu soll auch die bereits angekündigte öffentliche Veranstaltung im Jowi-Zentrum am 20.01.2011 (19 – 21 Uhr) dienen.
- Und: Bei den Steuererhöhungen allein kann es nicht bleiben, denn trotz der damit verbundenen Belastungen für unsere Bürgerschaft und für unsere Unternehmen wird es uns auch in den kommenden Jahren nicht gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Hierzu wird Herr Lütkemeyer später noch ausführlicher Stellung nehmen.

Deshalb muss bei der Beratung des Haushaltsplanes 2011 weiterhin die Prämisse gelten, dass wir neue Projekte und Aufgaben nur aufnehmen, wenn sie unbedingt und alternativlos notwendig sind.

Gleichzeitig müssen wir aber dafür Sorge tragen, den kommenden Generationen eine attraktive und lebenswerte Stadt zu hinterlassen, in der die Menschen sich wohlfühlen. Wir müssen Rheine zukunftsfähig gestalten.

Dass wir das im vergangenen Jahr getan haben und auch in 2011 tun werden, wird an meinen folgenden Informationen zu den Fachbereichen deutlich. Hinzu kommen unsere fachbereichsübergreifenden Aktivitäten in Sachen **Klimaschutz** oder bei der weiteren Umsetzung unseres „**Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020**“.

Ich möchte Sie alle hier, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger bitten, an der Stabilisierung der Finanzen und der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit von Rheine weiterhin mitzuarbeiten. Nicht zuletzt die Fachtagung Bürgerengagement am 20. November hat bestätigt, dass wir auf das **bürgerschaftliche Engagement in Rheine** vertrauen und setzen können.

Lassen Sie mich nun noch konkreter werden und den Blick auf die Teilpläne unserer Fachbereiche richten.

Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung

Zum Sonderbereich 0 gehören die Produktgruppen Politische Gremien, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfung, Personalrat und Gleichstellungsstelle.

Die Budgetentwicklung in diesem Sonderbereich ist wie in den vergangenen Jahren auch im Jahre 2011 unspektakulär und verläuft ohne nennenswerte Besonderheiten.

Als inhaltliche Themen möchte ich gleichwohl einige Punkte ansprechen, die uns im Laufe des Jahres 2011 gemeinsam beschäftigen werden.

Die in den vergangenen Wochen unter dem Stichwort „Stuttgart 21“ bundesweit geführten Diskussionen haben gezeigt, dass die bisherigen Strukturen der rechtlich normierten Bürgerbeteiligung bei wesentlichen Entwicklungsprojekten einer Stadt im Internetzeitalter nicht mehr ausreichen, wenn nicht gar versagen. Wir

sind also gemeinsam aufgefordert, nach **neuen Formen der Bürgerbeteiligung** Ausschau zu halten. Bürgerinnen und Bürger wie auch Behörden, also beide Seiten, werden neue Wege gehen müssen zur gemeinsamen Stadtentwicklung.

- Das Web 2.0, die unmittelbare Kommunikation mit den Bürgern im Internet wird von vielen als einer der neuen Kommunikationswege gesehen. Im Rahmen des jüngsten Ab-in-die-Mitte-Projektes im Sommer haben wir damit begonnen, einen Dialog mit jungen Menschen aufzubauen.
- Wir möchten mit der Einbringung des Haushaltes einen weiteren Schritt zum Online-Dialog mit dem Bürger gehen.
- Auch das in der Produktgruppe 02 verortete Stadtmarketing steht derzeit auf dem Prüfstand. Sie wissen von der Entwicklung einer **integrierten Standort- und Stadtmarketingstrategie** und dem damit verbundenen Kommunikationskonzept, dessen Ergebnis uns noch im Laufe der Haushaltsberatungen erreichen und zu Entscheidungen herausfordern wird.
- Mit dem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept haben wir eine gesunde Basis, auf der wir das Stadtmarketing auch mit privater Beteiligung zielgerichtet ausbauen können. Anerkennung für diesen Weg fanden wir erst jüngst in einem Interview mit dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger, der gerade auch für die Innenstadtentwicklung integrierte Handlungskonzepte statt einmalige Strohfeuer und die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren forderte.
- Vor diesem Hintergrund haben wir für Ab in die Mitte 2011 begleitend zu dem „Rahmenplan Innenstadt“ das Projekt „**Thie time – Träume entwickeln – Vielfalt gestalten**“ entwickelt. In diesem mit breiter Bürgerbeteiligung geplanten Projekt wollen wir die vorhandenen Ansätze einer Nutzungsvielfalt verdeutlichen und privates Engagement für einen zielorientierten Veränderungsprozess fördern. Wir hoffen auf eine Landesförderung für diese Maßnahme und müssten dann über die konkrete Durchführung im Rahmen des Haushaltes 2011 entscheiden.
- Gut aufgestellt ist die Stadt Rheine in der **Europaarbeit** und damit in der Netzwerk- und überörtlichen Marketingarbeit. Dieses wird durch mein und unser Engagement in den Europagremien des Städte- und Gemeindebundes, im Europäischen Konvent der Bürgermeister/innen zum Klimaschutz, in der Zusammenarbeit der Bürgermeister aus den kleineren und mittleren Städten und Gemeinden Europas sowie in den Städtepartnerschaften deutlich, wobei gerade die Städtepartnerschaften von vielen Ehrenamtlern über persönliche Kontakte getragen werden.
- Der auch in unserem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept verankerte Klimaschutz gewinnt in dieser Zusammenarbeit eine immer stärkere Rolle. „Städtepartnerschaften und Klimaschutz“ ist ein Projekt, was derzeit federführend vom TAT mit den Partnerstädten entwickelt wird.

Kommen wir zum **Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

Erweiterungsbauten an städtischen Schulen zum weiteren Ausbau des Ganztagsunterrichts prägen auch 2011 den Bereich **Bildung**. Informationen zu den einzelnen Baumaßnahmen gebe ich Ihnen noch bei der Darstellung des Fachbereiches 5.

Daneben steht heute noch ein Ratsbeschluss an, zum Schuljahr 2011/12 eine Dependance der Euregio Gesamtschule in der Elisabethschule einzurichten.

Entsprechend der Ergebnisse der Jugendkulturkonferenz wird auch im kommenden Jahr der **kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen** eine besondere Bedeutung beigemessen. Dies zeigt sich auch in dem Willen des Kulturausschusses, im Jahr 2011 eine Kulturausschusssitzung ausschließlich zu Themen der jugendkulturellen Bildung durchzuführen. Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit der Kulturverwaltung wird bei den Folgen des demographischen Wandels liegen. Hier sollen in der nächsten Zeit auch Projekte entwickelt werden, die den **älteren Menschen** in unserer Gesellschaft verstärkt die Teilhabe an Kunst und Kultur ermöglichen.

Im Jahr 2010 haben über 190.000 Menschen die **Stadtbibliothek** besucht. Diese stand ihnen nicht nur an sechs Tagen in der Woche jeweils 39 Stunden zur Verfügung, sondern darüber hinaus auch noch an vielen Abend- und Sonntagsstunden, wenn die Bibliothek zu Veranstaltungen einlud.

Darüber hinaus hat die Stadtbibliothek ihr „unsichtbares“ Angebot erweitert. In Zusammenarbeit mit neun weiteren Kommunen des Münsterlandes wurde die Möglichkeit der Ausleihe digitaler Medien organisiert – die Onleihe über muensterload.de. Erst die Zusammenarbeit und die gemeinsame Investition – unterstützt durch Landesmittel – haben es möglich gemacht, dass nun auch Rheinenser zum Beispiel die FAZ digital ausleihen und für einen bestimmten Zeitraum auf ihrem PC oder eBook lesen können.

Für den wichtigen Bereich der Leseförderung kann die Stadtbibliothek auf ein engagiertes Team von ehrenamtlichen Vorlesepaten bauen. Betreut von der Stadtbibliothek sorgen diese Männer und Frauen dafür, dass regelmäßig einmal in der Woche im Kinderbereich vorgelesen wird.

Im kommenden Jahr wird die Stadtbibliothek die Bibliothekssoftware grundlegend modernisieren. Die neuen Programme sind so ausgelegt, dass auch Schulbibliotheken ihre Bestände erfassen und ihre Ausleihverbuchung über dieses System verwalten lassen können. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Vernetzung bibliothekarischer Angebote in der Stadt.

Stadtarchiv und Städtische Museen brauchen ein modernes Zentralmagazin, welches nicht nur die nötigen Raumreserven bietet, sondern vor allem auch die geforderten Sicherheits- und Klimabedingungen erfüllt. Nachdem endgültig der Versuch ad acta gelegt werden musste, im Rahmen einer vom Land geförderten städtebaulichen Maßnahme das Magazin in ein denkmalgeschütztes Spinnereigebäude einzubauen, hat der Kulturausschuss sich für einen Neubau entschieden. Geprüft wird daneben alternativ die Möglichkeit, mit einem hiesigen Logistikunternehmen zusammenzuarbeiten. Derzeit wird mit Rheiner Firmen und anderen Investoren verhandelt. Wenn es hier zu konkreten Angeboten kommt, muss

geprüft werden, ob die Anmietung eines von privaten Investoren errichteten Zentralmagazins wirtschaftlicher ist als der Neubau durch die Stadt.

Mit der Umsetzung des Konzepts von **VHS und Musikschule** unter einem Dach wurde das Josef-Winckler-Zentrum zum Weiterbildungszentrum ausgebaut.

Die zahlreichen Umstrukturierungen des Josef-Winckler-Zentrums bieten nun eine zeitgerechte Bürgerorientierung. Das hat neben an anderer Stelle dargestellten Synergien auch Identifikation und Effizienz gebracht. In der zweiten Bau-phase sind die für eine solche Gebäudestruktur notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt worden.

Am 1. September 2010 wurde der dritte Bauabschnitt mit der Renovierung der Aula im Josef-Winckler-Zentrum abgeschlossen. Für eine erfolgreiche Umsetzung und Aufgabenerfüllung ist die Nutzung der Aula integraler Bestandteil und Voraussetzung eines erfolgreichen zukünftigen Nutzungskonzeptes.

Der Fokus auf eine „Verbesserung der Angebote der Weiterbildung“ machte es erforderlich, komplexe Perspektiven zu verschränken. Dieses sind - bildungspolitische Ziele, organisatorische Rahmenbedingungen, Netzwerke bzw. Kooperationen und die Verknüpfung mit unterschiedlichen Bezugssystemen. Und diese Verbesserung der Weiterbildungsangebote ist mit dem Projekt Josef-Winckler-Zentrum als Weiterbildungszentrum gelungen.

Zum Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales

Im Haushalt des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales sind folgende Schwerpunkte erwähnenswert:

Der Finanzbedarf bei den **Erziehungshilfen** steigt auch in diesem Jahr wieder an, da die Fallzahl innerhalb eines Jahres von 566 auf 623 gestiegen ist. Das Budget muss daher um 260 T€ aufgestockt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt haben die schwierige Aufgabe, einerseits das Kindeswohl unbedingt sicherstellen zu müssen, andererseits bei ihrer Maßnahmeplanung hinsichtlich Art und Umfang der Erziehungshilfen die entstehenden Kosten im Blick zu haben.

So mussten auch in diesem Jahr Kinder im Alter von wenigen Tagen bis zu 14 Jahren in Obhut genommen werden. Unter welchem Spannungsfeld, auch in der öffentlichen Diskussion, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei stehen, lässt sich an der in der kürzeren Vergangenheit veröffentlichten Meinung, auch in Rheine, ablesen: Penibel, fast minutiös, wurde in der Presse der Zeitraum zwischen einer Mitteilung durch Dritte und dem „Einschreiten“ des Jugendamtes dargestellt.

Leider sind nun einmal Fälle von Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung auch in Rheine zu finden. Und wer von Ihnen weiß, welche Kriterien für eine Inobhutnahme erfüllt sein müssen, kann sich vorstellen, welcher Arbeitsbelastung unsere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausgesetzt sind.

Bei den **Tageseinrichtungen für Kinder** sind die Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder U3 die wesentlichen Aufgaben.

Besorgniserregend ist, dass z. Z. keine Fördermittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes und des Landes zum Ausbau der U3-Betreuung zur Verfügung stehen. Ohne die Bereitstellung weiterer Fördermittel ist die Durchführung weiterer Ausbaumaßnahmen unmöglich. Der für Rheine geplante Ausbau würde komplett zum Stillstand kommen. Das Ziel der Sicherstellung des Rechtsanspruches für Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres zum 01.08.2013 wäre gefährdet; denn in 15 Kindertageseinrichtungen sind für insgesamt noch 170 zu schaffende U3-Plätze noch bauliche Maßnahmen erforderlich. Weitere 30 U3-Plätze müssen noch neu geschaffen werden. Für 25 U3-Plätze liegt ein Förderantrag beim Land. Auch hierüber ist noch nicht entschieden. An vielen Stellen, auch im Gespräch mit unseren MdLs und MdBs habe ich auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips gedrängt und ich wiederhole meine Forderung auch hier.

Der Kreis Steinfurt hat hinsichtlich der **SGB II-Kostenbeteiligung** der kreisangehörigen Gemeinden eine andere quotale Beteiligung festgelegt. Hiernach beträgt die Beteiligung ab dem Jahr 2011 50 vom Hundert, nachdem zuvor ab 2008 eine jährliche, stufenweise Anhebung (33 %, 40 %, 40 %) erfolgte. Ein Härteausgleich wurde im Kreis Steinfurt nicht festgelegt. Hiergegen haben wir auf das Schärfste protestiert, nachdem wir 2 Jahre um einen Kompromiss gerungen haben!

Zur Sache selbst: Im Gesetzentwurf des AG-SGB II wurde als Begründung für die Kostenbeteiligung der Gemeinden ausgeführt, dass „durch die Leistungsgewährung aus einer Hand inklusive der Eingliederungsleistungen nach § 16 SGB II auch der kreisangehörige Bereich durch Aufgabenwahrnehmung im eigenen Namen für eine effektive Umsetzung des SGB II Sorge tragen und dadurch Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahl nehmen kann“. Der Gesetzgeber ist also davon ausgegangen, dass die jeweiligen kreisangehörigen Gemeinden auch die Aufgaben der Vermittlung in Arbeit und der Qualifizierungsmaßnahmen übernehmen. Ansonsten hätte die ausdrückliche Erwähnung des § 16 SGB II, der insbesondere die Arbeitsvermittlung betrifft, keinen Sinn!

Und: Eine Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den hier in Rede stehenden Kosten nach SGB II ist ordnungspolitisch und rechtlich nur vertretbar, wenn die Gemeinden auch tatsächlich Einflussmöglichkeiten zur Reduzierung der Fallzahlen durch Vermittlung in Arbeit und durch Qualifizierungsmaßnahmen haben. Die maßgebliche Einflussmöglichkeit besteht nämlich in der Akquise von Arbeitsstellen und in der Vermittlung in Arbeit; diese Aufgabe ist im Kreis Steinfurt aber an die GAB AÖR übertragen und fällt demzufolge nicht in die Zuständigkeit der Stadt Rheine.

Die sonstigen Steuerungsmöglichkeiten, wie z.B. die Einflussnahme auf die Höhe der örtlichen Unterkunftskosten, sind marginal. Im Übrigen sind die Unterkunftskosten auch durch den örtlichen Wohnungsmarkt bestimmt, so dass eine Einflussmöglichkeit nur auf die im Einzelfall unangemessenen Unterkunftskosten besteht.

Nachdem nunmehr auch noch das Fallmanagement und die Brückenjobkoordination an die GAB übertragen werden, kommt der Stadt Rheine hinsichtlich der Aktivierung von Leistungsberechtigten nur noch eine passive Rolle zu.

Damit ist nach Auffassung der Verwaltung nun erst recht der innere Begründungszusammenhang für eine unmittelbare Kostenbeteiligung i. H.v. 50 % nicht mehr gegeben.

Dieser Argumentation folgte letztlich auch der Landrat in seiner Sitzungsdrucksache B 96/2010. Er schlug deshalb vor, die Kostenbeteiligung für die künftigen Haushaltsjahre wie folgt zu ändern:

Im Haushaltsjahr 2011	40,00 %
Ab dem Haushaltsjahr 2012	33,33 %

Umso enttäuschender ist es, dass der Landrat seine Sitzungsdrucksache B 96/2010 aufgrund eines Votums der HVB-Konferenz am 08.10.2010 zurückgezogen hat und nunmehr für 2011 und 2012 der kommunale Anteil jeweils 50 % beträgt. Erst im 4. Quartal des Jahres 2012 soll nach Evaluation entschieden werden, ob Änderungsbedarf entsteht.

Wäre die vom Landrat zunächst vorgeschlagene Regelung vom Kreistag mehrheitlich beschlossen worden, hätte dies den städt. Haushalt 2011 um ca. 190.000,00 € und ab 2012 um jährlich ca. 320.000,00 € entlastet. Mein Appell zur „Solidarität der kreisangehörigen Gemeinden und des Kreises als deren Dienstleister“ verhallte ohne Wirkung!

Dabei ist Solidarität eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft! Das werden wir auch spüren beim Thema „Asyl“ im Bereich der **Hilfen für Asylbewerber** kann es für das Jahr 2011 keine absolute Planungssicherheit geben, da die Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Rheine von mehreren Faktoren abhängig ist, die nicht sicher prognostiziert werden können.

So zeigen beispielsweise die Meldungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass die Zahl der Asylbewerber in den letzten Monaten erheblich stärker als in den Vorjahren angestiegen ist. Beispielsweise stieg die Zahl der Asylbewerber im Vergleich von September 2009 zu September 2010 um 73,8 % an.

Darüber hinaus kommen derzeit nach Wegfall der Visumpflicht für verschiedene osteuropäische Staaten verstärkt Flüchtlinge nach Deutschland und somit auch nach Rheine.

Zurzeit liegen die Zahlen noch im Rahmen der Planungen, allerdings rechnet die Fachverwaltung aufgrund der aktuellen Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen auch in Rheine mit einem stärkeren Anstieg der Zahlen.

Zum **Fachbereich 3 – Recht und Ordnung**

Im vergangenen Jahr sind im **Feuerwehrbereich** bekanntlich keine wesentlichen Investitionen im Fahrzeugbereich erfolgt. Die insgesamt gute Ausstattung ließ eine Verschiebung des Investitionszeitplanes um ein Jahr zu, so dass der Schwerpunkt auf den Bau und die Einrichtung des neuen Gerätehauses in Mesum gelegt werden konnte.

Für das Jahr 2011 ist der weitere Ausbau des sogenannten Wechselladersystems vorgesehen. Dabei handelt es sich um ein LKW-System, das je nach Einsatzzweck mit dem erforderlichen Einsatzcontainer beladen wird. Auch hier soll preisgünstig die Möglichkeit der Anschaffung gebrauchter Container geprüft werden, die den Anforderungen aber ohne Abstriche gerecht werden können.

Im Bereich der laufenden Verwaltung des Fachbereichs Recht und Ordnung ist festzustellen, dass gesetzliche Regelungen nachhaltig zur Erhöhung von Aufwendungen im Ergebnisplan führen. Neben der Einführung des personalintensiven **Elektronischen Personalausweises** sind dies die elektronisch geführten Register im Bereich des Standesamts sowie der Elektronische Aufenthaltstitel im Bereich der Ausländerbehörde. Bei den Mehraufwendungen setzt sich somit der Trend der vergangenen Jahre fort: den Kommunen weitere Lasten/Aufgaben aufzubürden, ohne dass jedoch für entsprechende Kompensation sprich „Finanzierung“ auf der Ertragsseite Sorge getragen wird.

Erwähnenswert ist im FB 3, dass mit dem Jahr 2011 die erforderlichen personalwirtschaftlichen Voraussetzungen zur gesetzlich vorgegebenen Arbeitszeitumstellung im Feuerwehrbereich abgeschlossen sind. Insgesamt 6 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden eingestellt, davon haben 4 ihre Ausbildung bei der Stadt Rheine absolviert.

Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Die Vermarktung der **städtischen Wohnbaugrundstücke** verlief in den vergangenen Jahren sehr positiv.

Besonders hervorzuheben ist das Baugebiet Wohnpark Dutum. Hier werden in diesem Jahr durch deutlich höhere Verkäufe rund 570 T€ Mehreinzahlungen erzielt.

In den Baugebieten Herefortstraße in Altenrheine und Eurode in Hauenhorst sowie Rodde II konnten mehr Grundstücke veräußert werden, als dieses bei der Planung zu erwarten war.

In den Baugebieten Hilgenfeld-Ost in Hauenhorst sowie den Baugebieten Rodde I und Schmidts Kämpken in Elte konnte diese Entwicklung nicht festgestellt werden. Trotz teilweiser gesenkter Grundstückspreise bleibt die Nachfrage hier eher verhalten. Hier gilt es, die Vermarktung weiter voranzutreiben.

Die Vermarktung der **Grundstücke in den Gewerbegebieten** verlief in 2010 wie geplant. Mit den neuen Gewerbegebieten Rheine R und dem Innovationsquartier bietet die Stadt Rheine in den zukünftigen Jahren neue interessante Gewerbeflächen an.

Alle Kommunen in NRW müssen zum 31.12.2010 einen **Gesamtkonzernabschluss** erstellen. Das hatte zur Folge, dass die Kernverwaltung und alle voll zu konsolidierenden Beteiligungen bereits ab dem 01.01.2010 erste Teile ihrer Buchhaltung auf die neuen Anforderungen umstellen mussten. In 2011 gilt es jetzt, die Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der Beteiligungen zu einem Gesamtabschluss zusammenzuführen.

Die Finanzbeziehungen zu den **städtischen Beteiligungen** stellen vom Umfang her einen bedeutsamen Anteil in der Produktgruppe Finanzen dar. Einige Wirtschaftspläne von städtischen Unternehmen stehen heute noch auf der Tagesordnung. Daraus resultierende Veränderungen müssen noch in den endgültigen Haushalt eingearbeitet werden.

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

Lassen Sie mich mit den **öffentlichen Verkehrsflächen** beginnen.

Im Jahr 2011 ist der Umbau der B 65 Salzbergener Straße zwischen der B 70 und der Eisenbahnstrecke Rheine – Spelle vorgesehen. Das Projekt hat ein Finanzvolumen von 1,2 Mio. € und wird größtenteils durch den Bund finanziert. Die Stadt ist mit einem Anteil für die Beleuchtung und für Gehwege an diesem Projekt beteiligt. Der städt. Anteil ist in den Jahren 2010 und 2011 im Haushaltsplan veranschlagt.

Daneben ist der Ausbau des Konrad-Adenauer-Ringes zwischen der Hansaallee und dem Friedrich-Ebert-Ring vorgesehen. Der Zuschussbescheid wird 2011 erwartet.

Nach Fertigstellung der Turnhalle der Euregio Gesamtschule kann in 2011 auch mit dem mehrfach verschobenen Ausbau der Elter Straße vom Kardinal-Galen-Ring bis zur Surenburgstraße begonnen werden. Zuvor wird der vorhandene Entwässerungskanal in Teilabschnitten erneuert.

Als innerstädtisches Projekt ist im Jahr 2011 der Ausbau der Poststraße vorgesehen.

In neuen **Siedlungsgebieten** sollen folgende Straßen ausgebaut werden:

- Wesselstraße
- Nadigstraße, 2. Bauabschnitt
- Hünenborgstraße, nördlich Gronauer Straße und Stichweg
- Schwedenstraße, 1. Stichweg
- Herefortstraße

An **Radwege**baumaßnahmen sind 2011 geplant:

- Fertigstellung des Radweges Rheine – Coesfeld zwischen der K 77 und dem Staelskottenweg
- Neubau eines Radweges an der Bergstraße zwischen dem Friedrich-Ebert-Ring und der Canisiusstraße

Der Schwerpunkt im **Hochbau** liegt weiterhin in der Schaffung von Einrichtungen für den gebundenen Ganzttag an den Schulen. Deshalb möchte ich Ihnen die bereits eben versprochenen Informationen zu den einzelnen Baumaßnahmen geben.

Das größte Hochbauprojekt mit einem Gesamtvolumen von ca. 7,2 Mio. € stellt die Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums dar. Alle Teilmaßnahmen werden aus dem Konjunkturpaket II finanziert.

Mit dem Bau der Mensa an der Don-Bosco-Schule soll im Jahr 2011 begonnen werden. Der erste Spatenstich ist heute erfolgt. Der Auftrag für die Rohbauarbeiten ist bereits vergeben worden.

Auch an der Fürstenberg-Realschule soll mit dem Bau der Mensa Anfang 2011 begonnen werden. Das Dach der Fürstenberg-Realschule wird ebenfalls im Rahmen der Förderung aus dem Konjunkturpaket II energetisch saniert.

Der Bau der Sporthalle an der Euregio Gesamtschule soll Anfang 2011 fertig gestellt werden.

Das Programm der **Bauunterhaltung** wird dem Bauausschuss in der ersten Sitzung des neuen Jahres vorgelegt. Insgesamt werden für die Erhaltung städtischer Gebäude 2,42 Mio. € aufgewendet.

Bei den Mitteln nach dem Konjunkturpaket II werden im Bereich der **Infrastruktur** 1,6 Mio. € umgesetzt.

Hieraus stehen nach Fertigstellung der Wirtschaftswege für die energetische Erneuerung der Straßenbeleuchtung ca. 1,1 Mio. € zur Verfügung. Diese Maßnahme wird bis Mitte des Jahre 2011 abgeschlossen sein.

Die Flächen im **Innovationsquartier** an der Lindenstraße werden im Jahr 2011 erschlossen. Der Auftrag für die Erschließung ist bereits im laufenden Haushaltsjahr vergeben worden, sodass die Grundstücke entsprechend vermarktet werden können. Der Bau des Fußgängertunnels wird im Jahr 2011 weitestgehend fertig gestellt werden. Mit dem Bau der Bohrpfehlwand als Abstützung zum bestehenden Gleiskörper wurde bereits begonnen. Es ist davon auszugehen, dass der Tunnel Ende 2011/Anfang 2012 in Betrieb genommen werden kann. In **Rheine R** ist die Erschließung und Bodensanierung der Gewerbeflächen vorgesehen.

Die **Kaserne Gellendorf** wird neben den Bahnflächen als Sonderprojekt im Haushalt geführt. Nach Fertigstellung der Graf-von-Stauffenberg-Straße ist im Jahr 2011 die Errichtung des Kinderspielplatzes geplant. Der Abschluss des Projektes soll dann 2012 mit der Herstellung des Georg-Elser-Ringes erfolgen.

Zum Fachbereich 7 – Interner Service

Das Leistungsspektrum des Internen Service lässt sich in zwei große Produktbereiche gliedern; und zwar in den Organisationservice und den Personalservice.

Innerhalb des Organisationservice bildet die Versorgung der städtischen Dienststellen mit zeitgemäßen IT - Komponenten einen wichtigen Schwerpunkt. Dass wir hier sehr gut aufgestellt sind, hat uns die Gemeindeprüfungsanstalt im Jahre 2010 als Ergebnis einer Sonderprüfung bestätigt. Sowohl hinsichtlich der sicherheitstechnischen Anforderungen als auch im Bereich der Wirtschaftlichkeit haben unsere Kennzahlen neue Optimalwerte bei den vergleichbaren Kommunen in NRW gesetzt. Dieses erfreuliche Ergebnis ist Bestätigung für die bisherige Strategie und zugleich Ansporn für das Jahr 2011 und die weitere Zukunft, diesen Standard zu halten und wenn möglich noch weiter zu verbessern.

Im Bereich des Personalservice wird uns im Jahre 2011 ein Thema beschäftigen, welches für nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Auswirkungen haben wird. Nach intensiven Verhandlungen mit dem Personalrat haben wir am 24. Oktober 2010 eine Dienstvereinbarung über die leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadtverwaltung Rheine geschlossen. Kernelement dieses sogenannten LOB-Systems werden Zielvereinbarungen sein, die die Bürgermeisterin, die Dezernenten, die Fachbereichleiter und Produktverantwortlichen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schließen werden.

Natürlich werden auch heute schon in der praktischen Arbeit Ziele definiert und erreicht. Neu wird jedoch sein, dass von der Zielerreichung zukünftig die Auszahlung einer Leistungsprämie abhängig sein wird. Das wiederum ist nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rheine gewöhnungsbedürftig. Daher soll mit der Einführung dieses Systems im Jahre 2011 zunächst auf einem relativ einfachen Niveau begonnen werden. In den nächsten Jahren muss dieses System dann sukzessive optimiert und verfeinert werden.

Die für die Prämienzahlungen notwendigen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung, da bereits seit Inkrafttreten der tarifvertraglichen Regelung seit 2007 entsprechende Rückstellungen gebildet wurden. Im Übrigen sind die Zahlungen im Rahmen der LOB Bestandteil des tarifvertraglich vereinbarten Entgeltes der Tariflich Beschäftigten. Im Rahmen der Tarifverhandlungen 2010 wurde bereits festgelegt, dass das LOB-Volumen bis zum Jahre 2013 sukzessive auf 2 % des Jahresentgeltes erhöht werden wird. Langfristig soll dieser Satz auf 8 % erhöht werden. Es handelt sich also um eine durchaus beachtenswerte und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtige Größe.

Leider konnte der Rat der Stadt Rheine sich bisher nicht dazu durchringen, die Beamtinnen und Beamten in dieses LOB-System einzubeziehen, wie dies übrigens bei den meisten Städten und Gemeinden im Kreis Steinfurt und bei der Kreisverwaltung selbst der Fall ist. Ich fordere als Bürgermeisterin den Rat deshalb erneut heute auf, hierüber noch einmal gemeinsam mit mir zu diskutieren, denn es ist nicht ersichtlich, warum hier mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nunmehr auf die Personalaufwendungen insgesamt eingehen.

Die Personalaufwendungen stellen im Entwurf des Haushaltsplanes 2011 mit 26,5 Mio. € den zweitgrößten Aufwendungsblock dar. Die Personalaufwendungen im Jahre 2011 werden voraussichtlich ca. 350.000 € unter der bisherigen Planung für 2011 und ca. 300.000 € über dem voraussichtlichen Ergebnis 2010 liegen. Das entspricht einer Steigerungsrate gegenüber 2010 von 1,15 %. Die zu erwartenden tariflichen bzw. gesetzlichen Entgelt- und Gehaltserhöhungen wurden mit 1,3 % eingeplant. Damit liegt die tatsächliche Steigerungsrate bei den Personalaufwendungen im Jahre 2011 unterhalb der tariflich und gesetzlich vorgegebenen Erhöhungen. Diese Entwicklung ist auf die konsequente Anwendung des Stellen- und Personalkostenkonsolidierungskonzeptes zurückzuführen.

Diese relativ positive Entwicklung könnte noch besser ausfallen, müssten nicht im Laufe des Jahres 2011 3 weitere Stellen bei der Feuer- und Rettungswache und eine Stelle für die IT – Unterstützung der städtischen Schulen besetzt werden. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass ohne diese neuen Stellen praktisch keine Erhöhung der Personalaufwendungen gegenüber 2010 notwendig wäre.

Gleichwohl wird die Verwaltung auch im Jahre 2011 und in den folgenden Jahren alles daransetzen, unter Berücksichtigung der Aufgaben- und Produktentwicklung zur Reduzierung der Personalaufwendungen beizutragen. Das geht allerdings nicht ohne die Unterstützung des Rates und seiner Ausschüsse. Denn angesichts der in den vergangenen Jahren bereits realisierten Stellen- und Personalkostenreduzierungen kann der Personalaufwand in der Stadtverwaltung auf Dauer nur durch Standardreduzierungen bzw. Einschränkungen im Produkt- und Leistungsspektrum reduziert werden. Hier liegen noch gemeinsame Anstrengungen vor uns. Daher möchte ich auch diese Gelegenheit nicht versäumen, Sie zu bitten, das Ihnen in mehreren Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und der Strategie- und Finanzkommission erläuterte Stellen- und Personalkostenkonsolidierungskonzept mit zu tragen und vor allem die in den Stellenplan 2010 aufgenommenen 33 kw-Vermerke im Rahmen der vor uns liegenden Beratungen und Beschlüsse aus dem Stellenplan zu entfernen. Das Instrument der kw-Vermerke ist nicht geeignet, unser gemeinsames Anliegen zur Haushaltskonsolidierung zu fördern, insbesondere nicht durch einen kw-Vermerk an der Stelle des Kämmers!

Meine Damen und Herren,
soweit die Gegebenheiten für den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Zusammenstellung der notwendigen Daten mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fach- und Sonderbereichen.

Zusammengefasst: Der Ergebnisplan weist trotz der erheblichen Stützungsmaßnahmen von SWR und Sparkasse für 2011 ein negatives Jahresergebnis von 8,41 Mio. € aus. Zu erwarten ist, dass sich in den Folgejahren dieses negative Ergebnis wegen des Wegfalls weiterer Stützungsmaßnahmen wieder erhöhen wird, nämlich in 2012 auf 14 Mio. € und in 2013 auf 12,5 Mio. €.

Auch in 2011 und den Folgejahren kann also der Haushaltsausgleich nicht sichergestellt werden und die allgemeine Rücklage ist entsprechend zu vermindern. **Diese Verringerung der allgemeinen Rücklage bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.**

Ich möchte meine heutigen Ausführungen beenden mit einem Blick auf die Rollen von Bund, Land, Kreisen und anderen Kommunen bei der Bewältigung der unterfinanzierten Haushalte der Städte und Gemeinden in unserem Land.

Wenn wir die Chance haben wollen, die Verschuldung der Kommunen und deren Folgen für die Haushalte zurückzufahren, müssen wir in die Lage versetzt werden, möglichst bald unseren Haushalt wieder ausgleichen zu können. Dafür benötigen wir eine verlässliche, weitgehend konjunkturunabhängige Finanzquelle. Als solche sehe ich weit und breit nur die Gewerbesteuer, einen gleichwertigen Ersatz kann ich nicht erkennen.

Ich stimme deshalb ausdrücklich den „Zehn Argumente für die Gewerbesteuer“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der damit verbundenen Forderung zu, die Gewerbesteuer unter Einbeziehung der Freiberufler auf eine breitere Basis zu stellen.

Außerdem muss es zu einer Entlastung durch Umverteilung der Soziallasten kommen. Der Bund muss sich angemessen und dauerhaft an gesamtstaatlichen Aufgaben wie der Betreuung Behinderter oder der Pflege hilfsbedürftiger Menschen beteiligen. Auch bei den Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und ihre Familien sowie bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe benötigen die Kommunen Hilfe vom Bund.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich den gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen „Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben“.

Gleiches gilt im Hinblick auf die gemeinsame Erklärung „Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen gemeinsam nachhaltig sichern“ der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände vom September diesen Jahres. Neben der Problematik bei den Soziallasten möchte ich besonders das dort enthaltene gemeinsame Ziel hervorheben, das Konnexitätsprinzip umgehungssicher auszugestalten. Ich bin derzeit zuversichtlich, dass das Land diesbezüglich wirklich „an der Seite der Kommunen“ stehen wird.

Nochmals sei betont: Innerhalb der kommunalen Familie sind wir auf die gegenseitige Solidarität der Städte und Gemeinden in unserem Kreis sowie dem Kreis selbst angewiesen. Leider war der überwiegende Teil der Kommunen nicht bereit, dem Vorschlag der Kreisverwaltung bei der Beteiligung SGB II-Kostenbeteiligung zu folgen. Umso mehr ist der Kreis Steinfurt aufgefordert, durch Einsatz seiner Ausgleichsrücklage und durch eine entsprechende Gestaltung des Hebesatzes für die Kreisumlage für eine gerechte Verteilung der Lasten zu sorgen.

Ich unterstütze deshalb ausdrücklich die diesbezüglichen Forderungen der Hauptverwaltungsbeamten in unserer gemeinsamen Stellungnahme zum Kreishaushalt.

Inzwischen gibt es allorts viel Einsicht, dass etwas passieren muss. Und trotzdem hat man manchmal in den Diskussionen das Gefühl, dass es nach dem Motto geht: Sparen ja, aber nicht bei mir. Dazu ein Zitat von Gustav Heinemann: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ Wir müssen Veränderungen auch hier vor Ort vornehmen, um unsere Stadt durch auch weiterhin schwierige wirtschaftliche Situationen zu bringen.

Die notwendigen Veränderungen müssen von uns allen – Bürgerinnen und Bürgern, Politikern und Verwaltung – gemeinsam angegangen und getragen werden. Sie kennen sicher den Sänger Xavier Naidoo und sein Lied: „Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen!“. In diesem Sinne möchte auch ich Sie auffordern: „Schaffen wir es zusammen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!